

Deutschland: Die Krise ist nicht geschlechtsneutral

Die globale Krise hat in Deutschland einmal mehr gezeigt, dass die Wirtschaft ein doppeltes Gesicht hat: Zeitgleich demonstrierten Opel-Arbeiter und Arcandor-Beschäftigte drohende Insolvenz und Entlassungen. 92 Prozent der Opel-Beschäftigten sind Männer und stehen für das männliche Ernährermodell, 75 Prozent bei Arcandor sind Frauen – meist in niedrig entlohnter Teilzeitbeschäftigung – und gelten als Zuverdienerinnen. Mit dem Verweis auf „Systemrelevanz“ entschied sich die Bundesregierung, die Autoindustrie als Schlüsselsektor für den Export mit Rettungsmaßnahmen zu unterstützen, obwohl die Spritfresser für ein Mobilitätsmodell des vergangenen Jahrhunderts stehen, das sich ökologisch und wegen Überproduktion auch ökonomisch überholt hat. Den Handel in Kaufhäusern schimpfte die Regierung dagegen ein vorgestriges Wirtschaftsmodell und lehnte Unterstützung ab. Auch mit anderen Konjunkturmaßnahmen – von der Abwrackprämie bis zu Investitionsprogrammen – zeigte die Bundesregierung geschlechterpolitisch Flagge: Rettungsmaßnahmen konzentrieren sich auf männlich dominierte Sektoren, Fahrzeug- und Maschinenbau, Baugewerbe und Infrastruktur und stützen damit das fordistische Ernährer- und Produktionsmodell.

Christa Wichterich

Die Politik wird mit ihren geschlechterpolitisch konservativen Konjunkturprogrammen jedoch der realen Erosion des Ernährermodells auf dem Erwerbsmarkt nicht entgegenwirken können.¹ Der Anteil der Männer, die Haupteinkommensbezieher sind, nimmt ab – in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Dieser Trend basiert einerseits auf der angestiegenen Erwerbsquote von Frauen – 61,5 Prozent aller Frauen sind inzwischen erwerbstätig. Vor allem aber sind immer mehr Männer prekär beschäftigt und gering entlohnt oder aber erwerbslos.² Umgekehrt bedeutet dies jedoch nicht, dass Frauen generell mehr Einkommen und Karrierechancen haben. 57 Prozent aller berufstätigen Frauen (aber nur 17 Prozent der Männer) sind als Minijobberin, in Teilzeit oder als Leiharbeiterin beschäftigt, gering entlohnt und sozial kaum abgesichert. Dabei besteht eine Tendenz zu geringerer Beschäftigung, weniger Arbeitsstunden und weiter sinkenden Löhnen.³ Die Mehrzahl der Minijobs von Frauen sind lediglich 200-Euro-Jobs. Am oberen Ende der Einkommenspyramide bei den 600 führenden deutschen Unternehmen waren dagegen – laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie – 2008 nur 2,6 Prozent Frauen unter den Vorstandsmitgliedern.⁴

Die Erosion des Familienernährermodells zeigt eine Arbeitsmarktflexibilisierung im Kontext neoliberaler Politik, die Frauen zunehmend integriert, gleichzeitig aber Tarifvertragssysteme aushöhlt, Niedriglohn-, Leih- und Mini-Arbeit anwachsen lässt und die Löhne weiter spreizt.⁵ Durch Deregulierung ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital längst aus der sozialen Kontrolle geraten. In Deutschland haben im Vergleich mit anderen OECD-Ländern Einkommensungleichheit und Armut am stärksten zugenommen, vor allem im so genannten Arbeitsmarktaufschwung von 2006 bis 2008, also vor der globalen Krise. Konzernwachstum sowie Produktivitäts- und Effizienzsteigerung haben in den vergangenen Jahrzehnten mehr Beschäftigung durch Flexibilisierung und Stellenstreichungen gefährdet als neue geschaffen. Entlassungen bei börsennotierten Konzernen treiben deren Aktienkurse mit unschöner Regelmäßigkeit in die Höhe. Flexibilisierung und Prekarisierung sind nach dieser Logik wachstumsfördernd.

Die aktuelle Rezession der Realwirtschaft verschärft lediglich die Krise der Beschäftigung, der sozialen Sicherheit und der sozialen Reproduktion. Sie spitzt Flexibilisierung und Prekarisierung, Lohndruck und Ungleichbewertung der Arbeitssektoren ebenso zu wie die Krise sozialer Gerechtigkeit, des Sozialstaats und des Gemeinwohls. Denn in absehbarer Zeit muss die Bundesregierung einen verschärften Sparkurs einschlagen, um die immense Verschuldung aufgrund des Rettungsschirms für Banken in den Griff zu bekommen. Auch die hoch verschuldeten Kommunen werden zwangsläufig die öffentlichen Ausgaben weiter beschneiden, den Sozialabbau, das Outsourcing und die Privatisierung beschleu-

nigen. Diese „Zweitundeneffekte“ der Krise werden zum einen die Situation vieler Frauen, die mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Sektor stellen, weiter destabilisieren und informalisieren. Zum zweiten gefährden sie die öffentliche Versorgung und Transferleistungen, auf die aber gerade einkommensschwache und sozial wenig abgesicherte Frauen – typischerweise Alleinerziehende – am meisten angewiesen sind.

Ist die Krise männlich?

Spiegel online identifizierte die Krise in den Industrienationen als „Männer-Rezession“,⁶ weil die Erwerbslosenquote von Männern in der Rezession über die von Frauen anstieg. Hauptverlierer ist der westdeutsche Mann, weil die Krise zunächst Exportsektoren traf. Dagegen scheinen Frauenjobs, die überwiegend im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich angesiedelt sind, auf den ersten Blick krisenfester und weniger konjunkturanfällig – zum Beispiel Jobs im Gesundheitssektor. Zynischerweise wurden ostdeutsche Frauen „Gewinnerinnen“ der Krise genannt, weil ihre Arbeitslosenquote gesunken ist. Insgesamt schneidet die Krise nicht so tief in die Wirtschaft der neuen Bundesländern ein, weil sie weniger exportorientiert und von kleineren Unternehmen und kleinteiliger Industrie dominiert ist. Aber auch dort sind die meisten prekär Beschäftigten Frauen, und die Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung und Karriere besteht weiter – wenn auch in geringerem Maße als in Westdeutschland.⁷

Während diese Krisensicht den Mann als Verlierer ins Zentrum der Krisenwirkungen rückt, fokussierten andere Analysen auf den Mann als Schuldigen. Mit der Frage, ob es auch zum Crash gekommen wäre, wenn die Lehman Brothers Lehman Sisters gewesen wären, löste die Wochenzeitung *The Observer* in Großbritannien eine ganze Serie von Krisenanalysen los, die den Crash Männer-gemacht schimpften und Derivate und Hedge Fonds als Hirngeburten einer ebenso verantwortungs- wie maßlosen Männerkultur mit hohem Testosteronspiegel lächerlich machten. Studien erklärten die Spekulationsabenteuer und Boni-Geilheit von Bankern

1 Scheele, Alexandra (2009): Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? <www.eurozine.org>.

2 Böcklerimpuls 3/2009: Erosion des Ernährermodells, <www.boecklerimpuls.de>.

3 Böcklerimpuls 3/2009: In der Krise schlecht geschützt, <www.boecklerimpuls.de>.

4 KIT, Presseinformationen Nr.099, 16.09.2009, Kaum Frauen an der Spitze deutscher Unternehmen.

5 Wichterich, Christa (2009): gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus.

6 Spiegel Online 30.4.09, <www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,622263,00.html>.

7 Bauer, Uta/Dähler, Susanne (2009): Frauen machen neue Länder. Frauen in den Neuen Bundesländern – gut positioniert in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Im Auftrag des BMVBS.

Auch international trifft die Finanzkrise Frauen und Männer unterschiedlich

Da die globale Krise regional und sektoral unterschiedliche Auswirkungen hat, wirkt sie auch geschlechtsspezifisch verschieden. Überall sind zunächst vor allem die Exportsektoren durch den Rückgang von Investitionen und Nachfrage betroffen. Im Norden trifft das die männlich dominierten Schlüsselindustrien wie Automobilproduktion und Maschinenbau, im Süden die arbeitsintensiven frauen-dominierten Verarbeitungsindustrien wie Textil- und Elektronikherstellung. In den USA waren 80 Prozent der Entlassenen Männer, in Kambodscha waren es zu 90 Prozent Frauen. In Afrika trifft die weltweit sinkende Nachfrage nach Mineralien vor allem Männer, der sinkende Absatz von Blumen vor allem Frauen.

Nach dem Motto „Hauptsache Arbeit“ schwächen Lohndruck und Entlassungsandrohung gewerkschaftliche Kämpfe zum Beispiel in China. Im Perlfussdelta, dem chinesischen Exportzentrum, hat die Regierung erstmals seit 1999 die Mindestlöhne gesenkt. Einige Millionen haben ihren Job verloren, die meisten aber einen neuen – zu schlechteren Bedingungen – gefunden. Philippinische Näherinnen werden von Arbeitsagenturen nur dann in die Fabrik gerufen, wenn ein Auftrag reinkommt und dafür erheblich schlechter bezahlt. In Kaskadeneffekten setzen sich die Folgen über Zuliefersektoren in den Ländern des Südens bis in die informelle Ökonomie fort. So erhielten Lumpensammlerinnen von SEWA in Indien im letzten Quartal 2008 nur noch halb so viel für Recycling-Material wie zuvor.

Auch in der stark konjunkturabhängigen Baubranche waren die Auswirkungen der

Krise sofort zu spüren. Das betrifft im Norden fast ausschließlich Männer, in den Golfstaaten männliche Migranten aus Süd- und Südostasien, in vielen Ländern des Südens aber ebenso auch Frauen, die am Bau arbeiten. Dagegen gelten die privaten und öffentlichen Dienstleistungen, in denen die meisten Frauen beschäftigt sind, zunächst als krisenfest und konjunkturunabhängig – wie zum Beispiel der Gesundheitssektor. Allerdings nehmen auch dort informelle und flexible Beschäftigungsformen zu. Türkische Schulen etwa beschäftigen Lehrerinnen nur noch temporär und für bestimmte Unterrichtseinheiten. Andere Dienstleistungen wie zum Beispiel die Tourismusbranche sind dagegen stark konjunkturabhängig und bereits davon betroffen, dass Privathaushalte in den Industrieländern sparen müssen.

Häufig wird die Krise aber auch genutzt, um Flexibilisierung, Lohnsenkung oder neue Technologien einzuführen, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren und langfristig Lohnkosten abzubauen. Wo vor allem kleine Unternehmen abspecken oder insolvent werden, setzen sich in vielen Ländern häufig immer noch traditionelle Geschlechternormen durch: Frauen werden zuerst entlassen, während versucht wird, die Jobs und Einkommen der „männlichen Familienernährer“ zu retten.

Als gering entlohnt, flexibel und sozial ungeschützt Arbeitende verfügen Frauen über keinerlei Rückfallpositionen. Sie sind am stärksten auf eine kostengünstige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen und deshalb am meisten betroffen, wenn Regierungen wegen geringerer Zoll- und Steuereinnahmen öffentliche Leistungen abbauen oder verteuern. Der Internationale Währungsfonds band die Rettungspakete, die er zum Beispiel an

Ungarn und Serbien vergab, an die üblichen Konditionen – vor allem Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor. Unter Kürzung von Renten und Kinderbetreuung sowie Einschnitten in die Bildungs- und Gesundheitsversorgung leiden die Frauen am meisten, die ohnehin die Verletzlichsten sind.

Wo es enger wird auf den Arbeitsmärkten, werden MigrantInnen oft verdrängt – es sei denn, sie geben sich mit noch schlechteren Bedingungen zufrieden. Russland und Malaysia verschärften bereits die Einreisemöglichkeiten. Derzeit sind männliche Migranten stärker von Einkommensrückgang und Jobverlust betroffen als Frauen, die als Hausangestellte, Altenpflegerinnen oder Krankenschwestern tätig sind. Die Rücküberweisungen von MigrantInnen, die in vielen Ländern des Südens sowohl für die Staatshaushalte als auch für die Privathaushalte wichtige Einnahme- und Entlastungsquellen sind, sind in Zentralamerika um ein Viertel zurückgegangen. Das wiegt besonders schwer, weil im selben Zeitraum die Preise für Grundnahrungsmittel um 25 Prozent gestiegen sind.

So verstärken sich die verschiedenen Krisen des globalen kapitalistischen Systems häufig gegenseitig. Sie verschärfen die Existenzkrise, in der sich gerade die ärmsten und schwächsten Marktakteurinnen seit Jahren abkämpfen. So sprechen viele Frauen in den Dörfern Südsiens seit langem von einer chronischen 3-F-Krise – *food, fuel, finance* – (zu deutsch: Nahrung, Energie, Geld) die jetzt durch die globale Ernährungs-, Energie- und Finanzkrise noch heftiger wird. Die UN schätzen, dass dadurch 100 Millionen „Beinah-Arme“ zu „neuen Armen“ werden.

biologisch mit der Zügellosigkeit des männlichen Hormonhaushalts unter Börsenstress.⁸

Verschiedene Ursachenanalysen in den Medien, aufstiegsorientierte „Alphamädchen“ und Befürworter innerbetrieblicher Vielfalt mutmaßen gemeinsam, dass es nicht zur Krise gekommen wäre, wenn mehr Frauen Entscheidungspositio-

nen in der Finanz- und Wirtschaftswelt innegehabt hätten. Dies wurde mit Studien begründet, die feststellen, dass Frauen ein vorsichtigeres und letztendlich rentableres Anlageverhalten an den Tag legen und *Gender Diversity-Teams* im Management höhere Gewinne erzielen.⁹ Gleichzeitig wurden Frauen als kompetente, risikobewusste Führungskräfte mit einer „weiblichen“ Wertekultur

entdeckt und die Krise als Chance für Aufsichtsratskandidatinnen ausgerufen, das Modell Island zu wiederholen und nach der Macht zu greifen.

Tatsächlich hat der Banken- und Börsensektor mit seiner Renditelogik in einer bestimmten Form von Männlichkeit Gestalt gewonnen. Ebenso steht außer Zweifel, dass Frauen ein Recht auf Karriere und gleich viel Entscheidungsmacht haben. Trotzdem bleibt fraglich, ob karriereorientierte Frauen, „Alphamädchen“ und

8 Barber, Brad und Odean, Terrance (2001): *Boys will be Boys: Gender Overconfidence and Common Stock Investment*, in: Quarterly Journal of Economics, 116(1), 261-292.

9 McKinsey & Company (Hg.) (2007): *Women Matter. Gender Diversity. A corporate performance driver*, Paris.

Leistungsträgerinnen in Führungspositionen die Spielregeln der Märkte aushebeln können und wollen. Ein Austausch des Personals allein ändert noch nicht die Funktionslogik des kapitalistischen Systems, und mehr kompetente Frauen in Entscheidungspositionen ändern nichts an der strukturellen Diskriminierung von Frauen durch die kapitalistische Marktökonomie.

Business as usual

Welche Branchen als Schlüsselindustrien gelten und in den Genuss von Konjunkturprogrammen kommen, hängt von der politischen Definitionshöhe darüber ab, was „systemrelevant“ ist und was das ganze System in den Abgrund reißen könnte. Als zeitgleich zu den steuerfinanzierten Hilfsaktionen des Staates Kindergartenbeschäftigte für eine bessere Entlohnung und Bewertung ihrer Arbeit streikten, stellte sich die Frage, ob ihre Arbeit nicht systemrelevant ist. Damit lenkten die Kindergärtnerinnen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die seit Jahren bestehende Krise der sozialen Fürsorge, der Kinderbetreuung und Altenpflege und die miserable Bezahlung von Sorgearbeiten zu einem Zeitpunkt, wo öffentlich die astronomische Höhe von Gehältern und Boni von Investmentbankern sowie von Abfindungen für gescheiterte Manager heftig kritisiert wurden. Doch auch dies löste kein Umdenken aus: Die Kindergärtnerinnen erstritten minimale Verbesserungen, Banker und Börsenmakler waren ein Jahr nach dem Crash zurück im „*business as usual*“. Alles wie gehabt – vor allem was ihre viel geschimpften Spekulationen und Boni betraf – jetzt aber finanziert mit öffentlichen Mittel aus den staatlichen Rettungspaketen.

„*Business as usual*“ bedeutet, dass sich erneut die Logik entfaltet, aus Geld mehr Geld zu machen und immer höhere Renditen zu erwirtschaften. Diese innere Logik beruht auf Expansion und Wachstum der Märkte einerseits und Kostensenkung andererseits. Dazu gehört, dass soziale und ökologische Kosten aus den Märkten ausgelagert und an die Individuen, Privathaushalte und sozialen Zusammenhänge sowie auch auf die Umwelt und die Natur verschoben werden.

Wenn Zimmermädchen in Hotels nur pro gemachtem Bett und gereinigtem Zimmer bezahlt werden, bedeutet dies eine Verlagerung des Risikos vom Hoteleigentümer an informell Beschäftigte: keine Gäste, keine Arbeit, kein Verdienst. Minijobs und Leiharbeit sind strategische Instrumente, um Kon-

junktur- und Auftragsrisiken von oben nach unten abzuwälzen. Die Flexibilität der Beschäftigten ist das Sicherheitsnetz für die Unternehmen. Bisher waren in Deutschland Frauen der Prototyp der flexibel Arbeitenden: 87 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblich, bei den geringfügig Beschäftigten im Dienstleistungssektor liegt der Frauenanteil bei 93 Prozent. Migrantinnen fungierten zusätzlich als Pool, der die Beschäftigungshierarchie von unten auffüllt. Die Krise aber wirkt wie ein Flexibilisierungsmotor – nun auch für Männer.

Wer trägt die Kosten wer die Risiken?

Damit verschärft sie auch den Mechanismus der Risiken- und Kostenverlagerung an die Privathaushalte.¹⁰ Ohnehin basieren die Märkte und ihre kapitalistische Wertschöpfung auf einem in den Wirtschaftsstatistiken unsichtbaren Polster sozialer Reproduktion mit überwiegend unbezahlter und von Frauen geleisteter Versorgungsarbeit wie auch auf einem Polster der Regeneration natürlicher Ressourcen. Diese sozialen und natürlichen Leistungen setzt der kapitalistische Wertschöpfungsprozess voraus und eignet sie sich ständig an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie bei vielen personennahen Dienstleistungen, zum Beispiel in der Altenpflege. Angeblich sind diese von geringem Wert.¹¹ Dass diese Kosten nicht in die Preisbildung eingehen, macht die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv. Je mehr der Staat sich gemäß der neoliberalen Doktrin aus den Märkten zurückgezogen hat, desto weniger wird die Risikoabwälzung kontrolliert und reguliert. Es ist eine zentrale Absurdität der gewinnorientierten Funktionsweise der Märkte, dass aus ökonomischer Sicht Geld an den Börsen „arbeitet“ und Wert schafft, dass aber Kinderbetreuung und der Wasserkreislauf der Natur als unproduktiv, nicht wertschöpfend gelten.

Die Übernahmen – man könnte auch sagen der Download – von Kosten und Risiken in diese „außerökonomischen“ Bereiche trifft die am härtesten, die über keine finanziellen Rücklagen, keine sozialen Sicherheiten und kein Eigentum verfügen. Das sind vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen. Alleinerzie-

hende – 90 Prozent der knapp 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland sind weiblich – sind gerade jetzt eine besonders verschuldungs- und armutsgefährdete Gruppe.¹² Das bedeutet aber auch, dass diejenigen einen hohen, vor allem sozialen Preis zahlen, die in keiner Weise für die Entstehung der Krise verantwortlich und ohnehin ökonomisch und sozial verletzlich sind. Außerdem zeigen Erfahrungen aus anderen Krisen, dass die sozialen Verwerfungen lange andauern. Nach der Asienkrise vor rund zehn Jahren waren die ökonomischen Indikatoren nach zwei Jahren wieder auf dem Stand vor Krisenbeginn, die sozialen Indikatoren hatten sich erst nach sieben Jahren erholt, die ökologischen Schäden durch Abholzung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen sind irreversibel.

In jeder Notsituation sind Frauen als soziale Airbags gefragt: Sie fangen mit unbezahlter Mehrarbeit im Haushalt Löcher in den Haushaltskassen auf. Sie gleichen mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung, Lohnkürzungen oder Kündigung der Männer aus, und sie federn mit Ehrenamt und Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen ab. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien.

Nach der Krise ist vor der Krise

Mit einzelnen konjunkturpolitischen Interventionen allein kann ein Wohlfahrtsstaat und sozialer Ausgleich nicht erreicht werden. Statt dessen bleibt der Staat seiner Aufgabe verpflichtet, die Funktionsfähigkeit des Marktes, Verwertungs- und Wettbewerbsbedingungen zu sichern. Dabei setzen die Konjunkturprogramme erneut auf die Wachstumsstrategie, die mit Markt- und Handelsliberalisierung, mit irrwitzigen Spekulationen auf den Finanzmärkten, mit ressourcen- und energieintensiver Industrialisierung und Exportforcierung in der Realwirtschaft geradewegs in das globale ökonomische, soziale und ökologische Krisenkonglomerat geführt haben.

Konjunktur- und Kaufkraftspritzen sollen Wachstum und Konsum ankurbeln und Jobs sichern. Die Abwrackprämie, die gleichzeitig die Wertschöpfung ankurbelte und Werte vernichtete, steht prototypisch für die kurzfristige Verschiebung von

¹⁰ Diane Elson hat dies am Beispiel der Asienkrise von 1997/98 untersucht. Elson, Diana (2002): *International financial Architecture: A View from the Kitchen*, in: *femina politica* 1/2002, 26-38.

¹¹ Biesecker, Adelheid (2009): *Geld zum Spekulieren? Nein – Geld zum Leben! Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise*, in: *Frauenrat. Informationen für die Frau* 3/2009, 15-18.

¹² BMFSFJ (2009): *Daten und Fakten zum Thema Alleinerziehende*, Material für die Presse.

Industrie- und Beschäftigungsproblemen in die Zukunft, statt durch Konversion und Entwicklung intelligenter, weniger ressourcenverschlingender Konzepte eine wirkliche Lösung von Industrialisierungs- und Mobilitätsproblemen anzugehen.¹³

Wenn jedoch die Interventionen des Rettungsstaats nur der Wiederherstellung der alten Muster von Wachstum und Kostenreduktion dienen, ist die nächste Krise vorprogrammiert. Mithilfe von Freihandelsabkommen drängt die EU derzeit Länder des Südens, einheimische Regulierungen abzubauen, um europäischen Konzernen neue Märkte und Verwertungschancen zu erschließen. Besonderes Gewicht legt sie dabei auf die weitere Öffnung von Finanzmärkten – damit hiesige Anleger neue Möglichkeiten bekommen, ihr Geld zu vermehren und die nächsten Spekulationsblasen zu erzeugen.

Die Wirtschaft müsste vom spekulativen Kopf wieder auf die versorgenden Füße gestellt werden. Dazu ist zunächst ein neuer Protektionismus notwendig, der die soziale Sicherheit, die Ernährung und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten

schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung, Bahn, Wasser, die öffentliche Infrastruktur und Gesundheit dürfen nicht ins Kasino.

Doch es reicht nicht, die Kasinoabenteurer der Finanzmärkte in Schranken zu verweisen. Vielmehr führt letztlich auch kein Weg daran vorbei, das industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsmodell in Frage zu stellen und in Richtung auf eine nachhaltige und solidarische Wirtschaft umzubauen. Dazu gehört, die Verknüpfung von Wachstum mit Jobs, sozialer Sicherheit und individuellem Konsum und die Trennung von Produktion und Reproduktion aufzubrechen, die im öffentlichen Bewusstsein vorherrschen. Ein neues Steuersystem, das international Finanztransaktionen, Transport und Verschmutzung öffentlicher Güter und national vor allem Reichtum besteuert, ist ein wichtiges Instrument zur Umverteilung.

Da infolge immens gesteigerter Produktivität weniger bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren, könnte dies auch als Chance zur Neuverteilung von Arbeit – Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit genutzt werden. Wo die ungleiche Bewertung und Entlohnung von Arbeit – Bankerboni hier, Zeit- und Leiharbeitslöhne dort – öffentlich nicht mehr akzep-

tiert wird, könnte dies Anlass zu einer gerechteren Bewertung aller bezahlten und unbezahlten Arbeit sein. Erste Schritte in diese Richtung wären eine Verkürzung bezahlter Arbeitszeit und eine Aufwertung von unbezahlter Sorgearbeit durch Anspruchsrechte auf soziale Sicherheit und Altersversorgung. Umverteilung und Umbewertung von marktförmiger und Sorgearbeit sind eine tragende Säule für demokratische und solidarischere Wirtschaftsregeln, die der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor permanentem Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung geben.¹⁴

Jedenfalls müssen sich alle kurzfristigen Konjunkturmaßnahmen daran messen lassen, ob sie dem Download von Kosten und Risiken einen Riegel vorschieben. Alle langfristigen politischen Regulierungen und Steuerungen müssen daraufhin überprüft werden, was sie dazu beitragen, die nächste Krise zu verhindern.

Christa Wichterich ist Publizistin und Consultant in der Entwicklungszusammenarbeit.

¹³ Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt (2008), Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Brot für die Welt, eed, BUND (Hg.), Frankfurt.

¹⁴ Zukunftsfähiges Deutschland, a.a.O., 427-455; Haug, Frigga (2008): Die vier in einem Perspektive, Hamburg.